

Cyberkriminalität

Die Vorfälle nehmen massiv zu

Der Bund meldet im ersten Halbjahr 2021 eine Steigerung der Onlineattacken um 85 Prozent. Auch bei der Prävention verliert die Schweiz an Boden.

SIMON MARTI

Am Dienstag traf es die Grünen. Hacker übernahmen den Instagram-Account der Partei und schalteten Einträge in türkischer Sprache auf. Der Spuk dauerte keine 24 Stunden, die Aufarbeitung braucht deutlich mehr Zeit.

«Wir sind noch dabei, den Vorfall gemeinsam mit Instagram-Betreiber Facebook zu untersuchen», sagt Rahel Estermann, stellvertretende Generalsekretärin der Grünen: **«Zwar haben wir das Konto wieder unter Kontrolle, aber wir stellen noch immer gewisse Unregelmässigkeiten fest.»**

Vieles liegt im Dunkeln. Es sei noch zu früh, über Motive zu spekulieren. «Das Vorgehen lässt aber vermuten, dass mehr dahintersteckt als ein Bubenstreich», deutet Estermann an.

Auffällig ist: Es war eine Attacke mit Vorlauf: Seit Anfang Jahr registrierten die Grünen eine Zunahme von Angriffen. Auf ihren Plattformen kam es zu **Phishing-Offensiven, Anmeldeversuchen unberechtigter Personen, aber auch automatisierten Zugriffen** mit dem Ziel, die Internetseiten zum Absturz zu bringen.

Eine Schweizer Partei ohne Vertretung im Bundesrat, aber mitten im digitalen Trommelfeuer? So läppisch und letztlich harmlos der Instagram-Hack auf den ersten Blick wirkt, ist er doch auch ein Hinweis darauf, welche kriminelle Energie sich im digitalen Raum der Schweiz entlädt.

Wer Betrugsversuche beobachtet, Schadsoftware erhält, erpresst oder mit Spam zugemüllt wird, kann dies dem Bund melden. So fliesst dem Nationalen Zentrum für Cybersicherheit (NCSC) ein nicht enden wollender Strom an Hinweisen zu. Die viel zitierte Spitze des Eisbergs. Oder das kleine Rinnsal, das sich aus einer riesigen Kloake speist.

Seit anderthalb Jahren erfasst das NCSC, angesiedelt im Finanzdepartement von Bundesrat Ueli Maurer (70, SVP), **Tausende Meldungen – Tendenz: kräftig steigend.**

Gingen 2020 im ersten Halbjahr 5044 Meldungen über Cybervorfälle ein, waren es in den sechs Monaten danach bereits 5542. Den grössten Anteil machten Betrugsfälle aus, bilanziert das Cyberzentrum. Im ersten Halbjahr 2021 ex-

«Das lässt vermuten, dass mehr dahintersteckt als ein Bubenstreich»

Rahel Estermann,
stv. Generalsekretärin der Grünen



plodierten die Fälle dann geradezu auf 10 294, eine Steigerung um 85 Prozent, im Schnitt 56 Vorfälle pro Tag. Und das sind lediglich jene, die Unternehmen oder Privatpersonen auch tatsächlich melden. Die Steigerung hängt zum einen damit zusammen, dass die Behörde ihr Verfahren vereinfacht hat, das neue Meldeformular ist leichter auffindbar und auch benutzerfreundlicher. Zum anderen ist es im Laufe dieses Jahres wiederholt zu Angriffswellen gekommen, etwa in den Bereichen Phishing und Fake Sextortion, die eine Vielzahl von Meldungen nach sich zogen.

Von **Phishing** spricht man, wenn über gefälschte Mails versucht wird, an persönliche Daten von Personen zu gelangen, Informationen über Bankverbindungen etwa. Bei **Fake Sextortion** erpressen die Täter ihre Opfer mit der Behauptung, sie verfügten über Bildmaterial, das diese beim vermeintlichen Besuch von Pornoseiten zeigten.

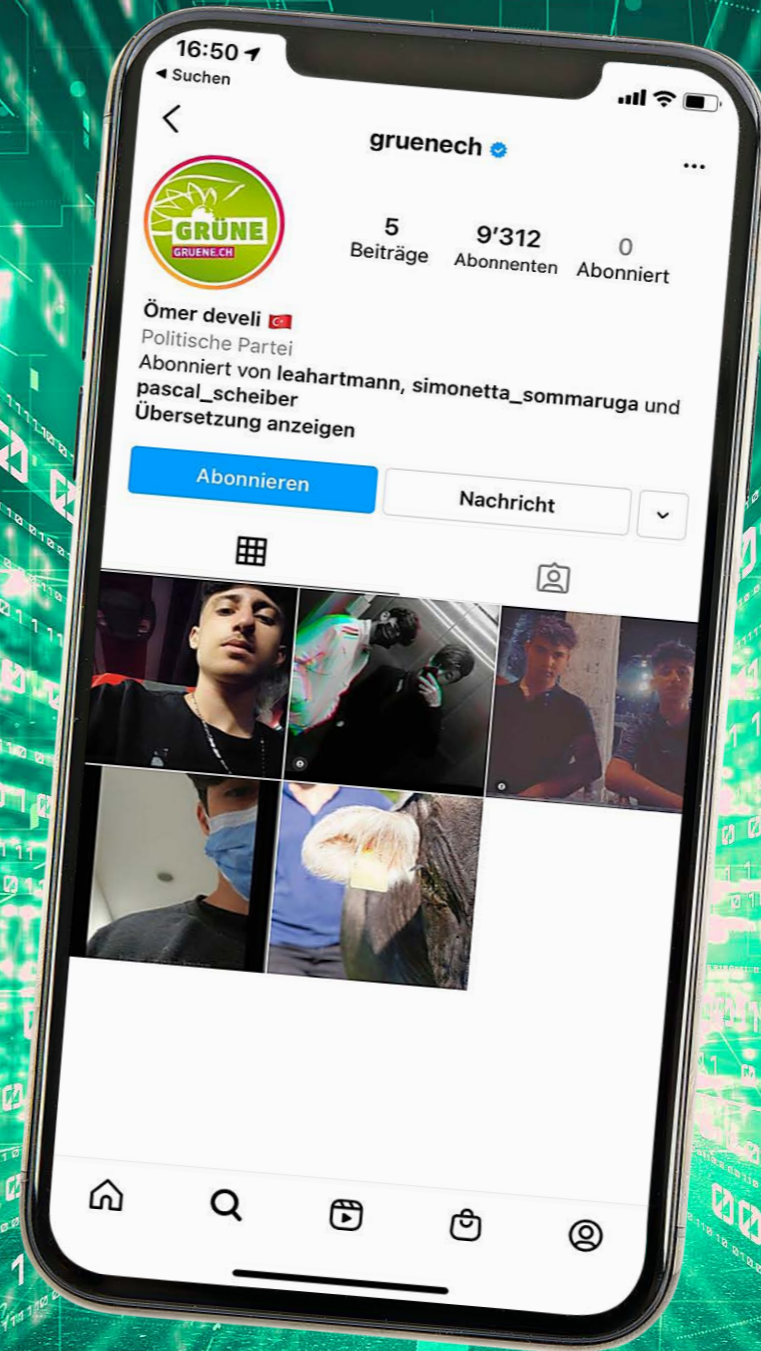
Zu dieser «weit verbreiteten Angriffsmethode» schreibt das NCSC: «Die Erpresser versenden solche Schreiben auf gut Glück – in der Hoffnung, dass sich unter den Empfängern Personen befinden, welche sich in letzter Zeit pornografische Websites angeschaut haben.» In einer einzigen Woche im April 2021 gingen 655 Fake-Sextortion-Meldungen ein.

Den Instagram-Hack bei den Grünen kommentiert das Bundeszentrum kurz und knapp: **«Es kommt hin und wieder vor, dass Accounts in sozialen Medien von unbefugten Dritten übernommen werden.»** Ursache sei meist die Verwendung eines schwachen Passworts.

Einer, der sich in dieser Welt auskennt, ist der Berner Nicolas Mayencourt. Er berät mit seiner Firma Dreamlab Technologies seit 20 Jahren Kunden in Sachen Cybersicherheit und hat die Swiss Cyber Security Days mit aufgebaut. Mit Marc K. Peter von der Fachhochschule Nordwestschweiz publizierte Mayencourt jüngst den Ratgeber «IT-Sicherheit für KMU». Noch vor zehn Jahren jagte er für die Bundeskriminalpolizei Hacker, die es auf Schweizer Banken abgese-

Foto: Shutterstock, zvg (3)

Attacke mit Vorgeschichte: Seit Anfang Jahr registrieren die Grünen eine Zunahme der Angriffe.



«Sicher ist, Corona hat die Angriffswellen vervielfacht»

Nicolas Mayencourt,
Experte für Cyberkriminalität



hen hatten. Später enthüllte Wikileaks, dass seine Firma auch Staaten wie Turkmenistan und den Oman belieferte.

Heute verspricht es Mayencourt zuweilen die Sprache: Seit Ende der 90er-Jahre warne er vor genau der Situation, «die sich nun tatsächlich einstellt».

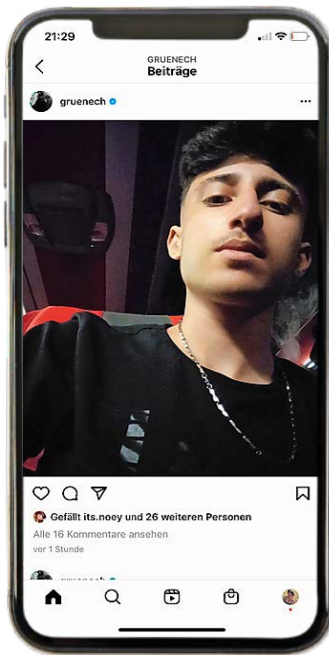
Bemerkt er in seiner täglichen Arbeit eine Zunahme an Cyberangriffen, wie dies die Zahlen des NCSC suggerieren? «Ja, aber das gilt nicht nur für die kurze Periode, die der Bund im Blick hat», die Eskalation ziehe sich über das ganze vergangene Jahrzehnt.

Letztlich könne niemand exakt wissen, wie zahlreich die Angriffe seien. **«Sicher ist, Corona hat die Angriffswellen vervielfacht.** Vielleicht erleben wir derzeit fünfmal mehr Cyberübergriffe als vergangenes Jahr. Vielleicht sind es auch zehn- oder zwanzigmal mehr.» **Der Gang eines grossen Teils der Mitarbeiter ins Homeoffice hat die Angriffsfläche ins Unermessliche gesteigert.** Funktionierende Sicherheitskonzepte? «Vierorts inexistent», so Mayencourt.

Dieser Horror aller Betriebsinformatiker ist ein Eldorado der Organisierten Kriminalität, «die selbst mit den ältesten und dümmsten Tricks immer ein paar noch dümmere Nutzer findet», so Mayencourt lapidar. «Diese Tricks millionenfach zu wiederholen, ist kein Aufwand. Je aufwendiger aber der Trick, desto schwieriger ist er zu erkennen.»

Die weltweite Beute aus solchen Verbrechen schätzen Insider jährlich auf mehrere Hunderte Milliarden US-Dollar. Zwar würden immer mehr Beamte und Unternehmer aus ihrer Lethargie erwachen, so der Experte. Aber häufig zu spät: «Kein Mensch kann vollständig ermessen, wie stark und wie schnell die digitale Transformation unsere Gesellschaften erfasst hat», bilanziert Mayencourt: «Jeder Schritt in dieser Entwicklung brachte ein Mehr an Kriminalität. **Wir befinden uns nun in der Phase, in der es wirklich gefährlich wird.»**

Die Grünen rüsten nun auf, um ihre Infrastruktur besser zu schützen.



Fortsetzung von Seite 13

Nicolas Mayencourt und sein Team haben die öffentlich bekannten verwundbaren Infrastrukturen und Verbindungen in der Schweiz ausgerechnet – und kamen auf 113 700 empfindliche Stellen im Land.

Die Grünen wollen nun jedenfalls mehr in die Sicherheit investieren. «Die Parteileitung hat schon vor mehreren Wochen die Zunahme der Angriffe besprochen. Uns ist es bewusst, dass wir in diesem Bereich noch mehr aufrüsten müssen, um unsere Infrastruktur noch besser zu schützen.»

Dies scheint auch auf Bundesebene angezeigt. So geht zwar jedes Jahr ein wohliger Schauer durch Wirtschaft und Politik, wenn der Global Innovation Index die Schweizer Volkswirtschaft prämiert (Erster Platz, vor den Schweden und den Amerikanern!).

Doch in Genf entsteht periodisch ein anderer, weit weniger populärer Index. Dabei misst die Internationale Fernmeldeunion (ITU) die Massnahmen, die Länder im Kampf gegen Cyberkriminalität ergreifen. Vor einem Monat publizierte die ITU ihre jüngste Rangliste.

Darauf steht die Schweiz auf Platz 42, knapp hinter Zypern und Aserbaidschan. ●

► **Lesen Sie auch den Kommentar auf Seite 23 und das Interview mit IT-Unternehmer André Kudelski ab Seite 24**



Roberto Rodriguez hätte neuer Schulleiter an der Schule Falletsche werden sollen. Dann hagelte es Kritik.



«Ein Affront»: SVP-Präsident Tuena.

Fall Rodriguez

Der Druck auf den vergoldeten Zürcher Beamten steigt



«Nicht in Ordnung»: Ex-Stapi Ledergerber.

Jetzt schaltet sich Elmar Ledergerber ein: Der Ex-Stapi findet die Entschädigung für seinen Genossen «nicht in Ordnung». Und die SVP fordert von Roberto Rodriguez via Petition, auf die 650 000 Franken zu verzichten.

REZA RAFI

Irgendwie hat die Sache etwas Beruhigendes: In einem SP-Funktionär aus den Tiefen der rot-grünen Zürcher Bürokratie steckt letztlich auch nur ein Homo oeconomicus. So wird das Menschenbild des Nutzenmaximierers genannt, das man aus den Wirtschaftswissenschaften kennt.

Roberto Rodriguez, Präsident eines städtischen Schulkreises, kündigt seine Position im Alter von 56 Jahren – zu jenem Zeitpunkt, an dem er fast die höchstmögliche Entschädigung vom Staat erhält: 650 000 Franken, dreieinhalb Jahressaläre. Dazu liess er sich für seinen neuen Job, den des Schulleiters, gleich von seiner eigenen Behörde ernennen.



Der Zürcher Kreisschulpräsident und SP-Politiker Roberto Rodriguez.

Seit der Fall via «Tages-Anzeiger» an die Öffentlichkeit gelangte, gehen die Wogen hoch. Vor allem, weil Rodriguez als Reaktion nicht etwa auf das Geld verzichtet, sondern auf die Stelle des Schulleiters. **Juristisch ist ihm nichts vorzuwerfen, moralisch allerdings steht er in Bedrängnis.**

Ob Rodriguez wird standhalten können, bleibt abzuwarten – zumal der politische Druck weiter steigt: Die Stadtzürcher SVP lanciert eine Petition an den SP-Mann mit der Forderung, dass dieser auf die «masslose» Summe verzichten soll («So nicht, Herr Rodriguez»).

Mauro Tuena, Präsident der städtischen SVP, redet von «Abzocke», ein Wort, das sonst von Rodriguez' Partei benutzt wird. «Er

verlässt seinen Job ja freiwillig. Er wird mit seinem Beziehungsnetz sicherlich einen guten Job finden.»

Sperrfeuer von der Gegenseite ist das eine. **Nun äusserst sich aber auch Elmar Ledergerber zur Angelegenheit.** Der Sozialdemokrat war von 2002 bis 2009 Zürcher Stadtpräsident und damit Vorgänger von Genossin Corine Mauch. Er kenne den konkreten Fall zwar nicht, sagt er zu SonntagsBlick. **«Aber eine Abgangsentschädigung von dreieinhalb Jahreslöhnen finde ich grundsätzlich nicht in Ordnung.»** Eine gewisse Grosszügigkeit solle man allerdings walten lassen, so der Ex-Stapi weiter, «weil diese Personen vielfach auf andere berufliche Möglichkeiten verzichten». Wichtig finde er, «dass

alle gleich behandelt werden».

Tuena stösst besonders das Timing von Rodriguez' Coup sauer auf. «Viele Firmen kämpfen wegen Corona ums nackte Überleben. Etlliche Angestellte haben ihren Job verloren und kaum Geld zum Durchkommen. Es ist ein blanker Affront diesen Menschen gegenüber», sagt er zum SonntagsBlick, «also die Leute, für die die SP doch eintreten will». **Sich gerade jetzt so kräftig bei den Steuergeldern zu bedienen, sei darum «höchst unanständig».** Anfang Woche wird die Aktion online aufgeschaltet. Man sei laut Tuena auch daran, Mittel für Papierbögen zu sammeln.

Der Angeschossene selbst ist abgetaucht. *Affaire à suivre.* ●

Boot prallt in Warnleuchte

Bei der Kollision mit einer Sturmwarnleuchte in Stäfa ZH haben sich am späten Freitagabend zwei Personen in einem Motorboot verletzt: **Beim 55-jährigen Bootsführer wurde eine Blutprobe angeordnet.** An Boot und Warnleuchte entstand grosser Sachschaden.

Deutsche Bäder sind Welterbe



Deutschland kann sich mit neuen Welterbestätten schmücken. Die Unesco zeichnet **Baden-Baden (Bild), Bad Ems und Bad Kissingen** zusammen mit acht anderen europäischen Kurorten als **«Grosse Bäder Europas»** mit der begehrten Auszeichnung aus. Auch wurde die Künstlerkolonie Mathildenhöhe in Darmstadt zum Weltkulturerbe erkoren.

Beirut schliesst Öl-Deal mit Irak

Der krisengeplagte und unter Kraftstoffmangel leidende Libanon erwirbt eine Million Tonnen Schweröl vom Irak. Beide Staaten unterzeichneten am Samstag einen entsprechenden Vertrag, wie das Medienbüro des irakischen Ministerpräsidenten Mustafa al-Kadhimi mitteilte. **Bezahlt wird der Libanon demnach in «Dienstleistungen und Waren».** Nähere Angaben dazu gab es nicht.

Erdbeben in Manila



Ein starkes Erdbeben der **Stärke 6,6** hat gestern am frühen Morgen die philippinische Hauptstadt Manila und die umliegenden Regionen erschüttert. **Das Zentrum des Bebens lag in der Provinz Batangas,** knapp 93 Kilometer südlich von Manila, in einer Tiefe von rund 100 Kilometern.